

Finanz und Wirtschaft
8021 Zürich
044/ 298 35 35
www.fuw.ch

Medienart: Print
Medientyp: Publikumszeitschriften
Auflage: 28'566
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 5
Fläche: 98'743 mm²

Die Standortfrage Schweiz stellt sich neu

SCHWEIZ Ausländische Firmen, Verwaltungsräte und Manager werden durch Entscheid zur Abzocker-Initiative abgeschreckt – Schweizer Unternehmen sind gelassen



Die Diskussionen in der Chefetage haben begonnen: Das Ja zur Minder-Initiative birgt Zündstoff, auch in der Standortdiskussion.

MONICA HEGGLIN UND WOLFGANG GAMMA

Die hiesigen Unternehmen werden mit vielen Bestimmungen der Minder-Initiative zurecht kommen. Nervosität ist kaum sichtbar, zumal sie darauf verweisen können, dass die Verordnung erst ausgearbeitet werden muss und noch vieles offen ist. Dennoch sollen einige Firmen Pläne zum Wegzug evaluieren. Skepsis überwiegt, wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen in der Schweiz geht. Juristen und Berater sind sich einig, dass die Spiesse der Schweiz im internationalen Standortwettbewerb am Wochenende kürzer geworden sind.

Es ist absurd: In der Frage des Bankkundengeheimnisses hat die Schweiz beschlossen, internationale Standards anzuwenden. In der Corporate Governance leistet sich das Land einen eigenen Weg. «Es gibt

ein paar Bestimmungen, die richtig wehtun», resümiert Daniel Daeniker, leitender Anwalt für Gesellschaftsrecht der Kanzlei Homburger, die Lage nach der Annahme der Minder-Initiative. Daeniker nennt das Verbot von Abgangsentschädigungen, das Verbot von Transaktionsprämien und (je nach konkreter Ausgestaltung) das Verbot von Vorauszahlungen. Man mag Zahlungen unter diesen Titeln als stossend empfinden, aber sie gehören nun mal zum gängigen globalen Gehalts-Instrumentarium.

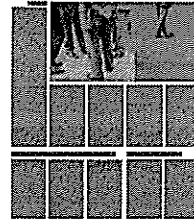
Kein «Grüezi» für Axel Weber

Eine neue Ausgangslage ergibt sich dort, wo die internationale Konkurrenz spielt. So kann sich beispielsweise ein Manager von Pfizer anheuern lassen, inklusive eines garantierten Antrittsbonus und eines «Goldenen Fallschirms», sollte die Gesellschaft übernommen werden. Der

Novartis-Verwaltungsrat wird demgegenüber demselben Manager weder einen Antrittsbonus noch einen Fallschirm offerieren dürfen. Im schlechtesten Fall kann der VR das Managergehalt nur vorbehaltlich der Zustimmung der Aktionäre an der nächsten (!) GV festlegen. Aus dem Antrittsgeld von 4 Mio. Fr. für Axel Weber als «Goldenes Grüezi» für die Übernahme des VR-Präsidiums der UBS wäre nichts geworden, hätte «Minder» schon gegolten. Ob Weber trotzdem gekommen wäre?

Experten weisen darauf hin, dass es besonders ausländische Verwaltungsräte abschrecken dürfte, dass Widerhandlungen gegen die Bestimmungen der Initiative mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafen bis zu sechs Jahresvergütungen geahndet werden sollen.

Generell stellt sich die Frage nach dem Standortwettbewerb. Luxemburg und die



Finanz und Wirtschaft
8021 Zürich
044/ 298 35 35
www.fuw.ch

Medienart: Print
Medientyp: Publikumszeitschriften
Auflage: 28'566
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 5
Fläche: 98'743 mm²

Niederlande sind in Europa die härtesten Konkurrenten, wenn es um die Ansiedlung von Konzernzentralen und Technologieunternehmen geht. In den letzten fünf Jahren hätten sich die Gesellschaften in den allermeisten Fällen für die Schweiz entschieden, erklärt Daeniker. «Dieses Geschäft wird sehr schwierig werden», prophezeit er.

Signalwirkung

Auch Martin Naville, CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, erachtet die Wirkung auf den Standortentscheid als zentrale Folge des Abstimmungsentscheids. «Das Ja ist ein weiteres rotes Signal, das sich an eine Reihe von Warnhinweisen der jüngsten Vergangenheit anschliesst», sagt Naville, der gleichzeitig «kaum ein grünes Licht» sieht. Wenn ein derart klarer Bundesrats- und Parlamentsentscheid wie der Gegenvorschlag vom Stimmvolk nicht unterstützt werde, stelle dies der politischen Stabilität der Schweiz in ausländischen Augen ein schlechtes Zeugnis aus.

Naville weiss von Schweizer Unternehmen, die als «Plan B die Verlegung des Hauptsitzes ins Ausland evaluieren werden». Das deckt sich mit der Einschätzung von SIX-Chef Christian Katz, wonach das Ja zur Initiative Unternehmen abschrecke, sich in der Schweiz kotieren zu lassen bzw. Abwanderungsgelüste aufkommen lasse (vgl. Seite 1). Christian Stiefel, Direktor Swiss Holdings, warnt: «Die Rahmenbedingungen des Standorts Schweiz verschlechtern sich. Wir hoffen aber, dass eine wirtschafts- und praxistaugliche Umsetzung der Initiative den Schaden begrenzt. Skeptisch gibt sich Pascal Brenneisen, Leiter Novartis Schweiz: «Wir glauben, dass die Initiative bedauerlicherweise negative Auswirkungen auf das Wirtschaftsumfeld hat und globale Unternehmen in ihren Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen wird.»

Andere Experten sehen die Lage weniger dramatisch. Zuzüger wie etwa Coca-Cola Hellenic haben dominierende Aktionäre

und sehen sich in ihrem Handeln durch aktionärsdemokratische Neuerungen à la Minder wohl weniger beeinträchtigt.

Richtige Umsetzung?

Ähnlich sieht es Glencore. CEO Ivan Glasenberg sagt, der Bergbaukonzern sei «nicht betroffen» von der Initiative, da er nicht in der Schweiz, sondern in London kotiert ist. Selbst wenn Glencore erfasst würde, so beziehe er, Glasenberg, keine Boni, sondern Dividenden. Und im übrigen sei er «einer der am niedrigsten bezahlten CEO der im FTSE-100 erfassten Unternehmen».

Seit dem Wochenende ist das Seilziehen um die richtige Umsetzung der Minder-Initiative im Gang. Beispielsweise verbietet Minder Vorauszahlungen, also zum Beispiel einen fünfjährigen Arbeitsvertrag mit Vorauszahlung des Lohns, wie er gelegentlich Sanierungsexperten zugesprochen wird. Umstritten ist, ob Zahlungen, die dem Manager den Verlust der bei seinem früheren Arbeitgeber gesperrten Aktien ersetzen, ebenfalls unter das Vorauszahlungsverbot fallen. Solche Zahlungen sind vor allem in der Finanzindustrie üblich, wo ein grosser Teil der Boni in gesperrten Aktien gezahlt wird. Daeniker: «Wenn die Minder-Initiative wortgetreu umgesetzt wird, sind solche Sign-on immer noch möglich, obwohl gewisse Kräfte im Parlament das anders beurteilen.»

Sergio Marchionne, VR-Präsident des Warenprüfkonzerne SGS und CEO von Fiat und Chrysler, schätzt, dass es «elegantere Wege als die Minder-Initiative gegeben hätte, um Lohnexzesse zu verhindern». Es sei, «als ob man versucht hat, eine Fliege mit einem Vorschlaghammer zu erschlagen. Man wollte die Fliege treffen, hat aber vielleicht die halbe Wand niedergerissen.» Beunruhigt sei er als SGS-Präsident jedoch nicht: «Ich habe Vertrauen in das Parlament, dass die Initiative wirkungsvoll und doch mit Augenmass umgesetzt wird.»